

# Wärme aus Wind, das ist die Lösung

Gespräch mit UWD-Fraktionschef Michael Potthast über Arbeit und Ziele der Wählergemeinschaft

Von Christiane Sengebusch

**Heide** – Die UWD ist die drittstärkste politische Kraft im Dithmarscher Kreistag. In den nächsten viereinhalb Jahren will sie ihr Kommunalwahlprogramm konsequent umsetzen. Die Schwerpunkte: soziale Gerechtigkeit, mehr Bürgerbeteiligung, Würde und Selbstbestimmung im Alter, effektivere Wirtschaftsförderung, barrierefreies Dithmarschen, nachhaltiger Umweltschutz, aktiverer Küstenschutz und Erhalt der Schulen im ländlichen Raum.

„Uns geht es vor allem um eine gute Lebensqualität für die Menschen in Dithmarschen“, sagt UWD-Fraktionsvorsitzender Michael Potthast in einem Gespräch mit unserer Zeitung. Seinen Worten zufolge unterscheidet sich die UWD aber in der Art ihrer Herangehensweise an die Themen von den anderen im Kreistag vertretenen Parteien.

Als Beispiel dafür nennt Potthast den Punkt Bürgerbeteiligung. „Wir denken dabei nicht an mehr Volksentscheide. Wir bieten vielmehr selbst Informationsveranstaltungen zu interessanten Themen an und erwarten, dass die Bürger diese Gelegenheiten wahrnehmen“, erläutert er. Seine Vision: durch eine stärkere Bürgerbeteiligung politische Entscheidungen auf eine breitere demokratische Basis zu stellen.

Aber auch am Thema barrierefreies Dithmarschen macht Potthast deutlich, was unter UWD-Politik zu verstehen ist. Zwar hält auch sie es für notwendig, Bauten und öffentliche Plätze zum Beispiel auf unnötige oder unüberwindbare Stufen zu überprüfen. Aber: Echte Barrierefreiheit lässt sich nach Meinung des Fraktionschefs nur durch Rücksichtnahme erzielen. „Es kann nicht sein, dass sich kleine Kinder an parkenden Autos vorbeischlingeln müssen, weil diese gedankenlos und aus Bequemlichkeit einfach auf der Bordsteinkante abgestellt werden und somit eine Gefahrenquelle darstellen“, sagt Potthast. Das Thema Würde und Selbstbestimmung im

Alter ist ein weiterer Bereich, der laut UWD ein Umdenken in der Bevölkerung erforderlich macht. Ihre Philosophie: Statt ständig über die Belastungen der sozialen Systeme durch die Älteren zu diskutieren, sollten deren vielfältige Erfahrungen wieder mehr geschätzt werden. Potthast: „Sie sind es doch, die vorwiegend in den Vereinen und in der Politik ehrenamtlich tätig sind und somit einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Leben leisten.“

Bedauern äußerte der Fraktionschef der Wählergemeinschaft gegenüber unserer Zeitung darüber, dass die für den 5. Dezember geplante Kreistagsitzung wegen des Sturms Xaver ausfallen musste. Die UWD hatte zu diesem Termin einen Antrag vorbereitet, der nun in den nächsten Wochen zumindest in den zuständigen Ausschüssen beraten werden soll. „Wir möchten, dass sich Dithmarschen gemeinsam mit dem Kreis Nordfriesland als Wind-Wärme-Modellregion bei der Bundes- und Landesregierung bewirbt“, kündigte Potthast an. Dahinter verbirgt sich ein Konzept, Strom aus überschüssiger Solar- und Windenergie, der aufgrund von Netzengpässen nicht abtransportiert werden kann, zur Erzeugung von Wärme für Warmwasser im Badezimmer und in der Küche zu nutzen. Auf diese Weise sollen Zwangsabschaltungen, die bislang einen erheblichen wirtschaftlichen Schaden verursachen, vermieden werden.

„Das hört sich zwar zunächst etwas ungewöhnlich an, ist aber vielversprechend. Denn es ist höchste Zeit, dass wir Lösungen für die unwirtschaftlichen Abschaltungen finden und so einen Beitrag zur effektiveren Wirtschaftsförderung leisten“, sagt Potthast.

Eine klare Position bezieht die UWD zum Thema Fracking. „Alle reden zwar darüber, aber bisher hat der Bund die Kreise komplett allein gelassen“, kritisiert der Fraktionsvorsitzende und fordert, „dieser Form der Energiegewinnung, die erhebliche negative Auswirkungen auf den Tourismus haben wird, eine klare Absage zu erteilen.“



UWD-Fraktionsvorsitzender Michael Potthast will das Projekt Wind-Wärme-Modellregion Dithmarschen/Nordfriesland auf den Weg bringen.  
Foto: Sengebusch

Eines der Hauptthemen der nächsten Jahre wird, so Potthast, allerdings der Erhalt der Schulen im ländlichen Raum sein. Für die Wählergemeinschaft ist klar:

Wird eine Schule geschlossen, hat das negative Auswirkungen auf das gesamte dörfliche Leben.

„Wir müssen zwar jede Schule genau betrachten“, sagt der

Fraktionschef. „Generell unterstützen wir aber das Netzwerk Dorfschule Schleswig-Holstein in seinem Bemühen um flexible Lösungen zur Vermeidung von Schulschließungen.“